

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 49.

Sonnabend, den 9. Dezember 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen. — Das Familienleben der Arbeiter. — Feuerung und Nothstand. IV. — Die Entwicklung der Böhlinger Serpentinsteins-Industrie. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Wagenkrebs — Betriebsunfall? — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Beharrlichkeit führt zum Ziel. — Eigenartige Praktiken. — Statistisches über die Steinindustrie Bayerns. — Abrechnung der Zahlstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter vom 1. Juli bis 30. September 1911. — Abrechnung der Hauptkasse für das III. Quartal 1911. — Ueber die rechtliche Wirkung von Tarifverträgen. — Ein schmerzlich entlarvter Schwindel. — Heuillon: Die Färbung von Marmor. — Gedicht: Winters Einzug.

Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Rembach: Ja. Seubert. — Löwenberg: Ja. Ende. — Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers & Schille. — Witten: Firma Lüneburger & Franzen. — Erfurt: Kunststeinfabrik in der Radowitzstraße. — Osterwald-Mehle: Firma Meine & Illemann. — Ramenz: Schotterwerk Weiland. — Bürgstadt: Steinbruch Helmkecker. — Freiburg (Schlehen): Bildhauerei Pleische. — Neusorg (Oberpfalz): Fichtelgebirgs-Granit-Aktien-Gesellschaft.

Steinwiesen. Im Granitwerk Eisenhammer wurden große Abzüge vorgenommen. Auch Entlassungen kamen vor. Wenn Herr Popp in Zukunft Leute brauchen sollte, so ist Vorsicht am Plage.

Alsteden a. S. Wegen Lohnreduzierung wurde die Arbeit bei der Firma Schiller & Röder eingestellt.

Birkenfeld bei Pforzheim. Die Kollegen legten bei der Firma Gebr. Denzinger die Arbeit nieder. Die Ursache war Festsetzung von Akkordpreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellen.

Sera. Zugang von Steinmehl und Schleifern ist fernzuhalten.

Bahn. Arbeitsangebote für die Firma Anders, Bunsau, Betrieb Waltersdorf bei Bähn, sind unbedingt abzulehnen. Grund: Der neugeborene Polier sucht ein besonderes Verdienst darin, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in genanntem Betriebe zu verschlechtern.

Porta bei Minden. Die Firma Michelson ließ durch Agenten aus Böhmen und Italien Arbeitswillige heranziehen. Die angeworbenen Leute nahmen aber das Arbeitsverhältnis nicht an, weil ihnen die Löhne zu niedrig waren. Die fremdländischen Steinarbeiter sollten also die hiesigen Kollegen unmöglich machen, was aber — vorbeigelang.

Schweiz. Gesperret sind: Basel: Firma Hermann. — St. Margrethen: Sämtliche Betriebe.

Das Familienleben der Arbeiter.

Bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird der alte Schwindel der bürgerlichen Parteien, daß die Sozialdemokratie das Familienleben zerstören will, auch wieder eine Rolle spielen. Denn zu keiner Zeit waren die bürgerlichen Parteien mit sachlichen Einwänden gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie so schwach bestellt, als wie in der Gegenwart. Um so eifriger werden darum aber die Gegner der organisierten Arbeiterschaft mit den alten Verleumdungen Abbruch zu tun versuchen. Und das dumme Gerücht, daß die Ziele der Sozialdemokraten auch auf eine Zerstörung des Familienlebens hinauslaufen, wird ebenfalls wieder erhalten, den kleinen Mann und auch den Arbeiter, der mit den Absichten und Zielen der modernen Arbeiterbewegung nicht vertraut ist, vor der Sozialdemokratie zu schrecken. — Da ist es dann ungemein interessant, an der Hand neuester Ereignisse auf dem Gebiete des Familienlebens-Schutzes der Arbeiter diese Frage, den Schwindel sowie die Heuchelei der bürgerlichen Familienretter näher zu beleuchten.

Wichtig ist ohne weiteres, daß das Familienleben in den Kreisen der Arbeiter manches zu wünschen übrig läßt. Aber die Schuld dafür trifft nicht in erster Linie die betreffenden Arbeiter oder die Arbeiterinnen, welche als Familienväter oder -Mütter ihre Obliegenheiten gegen ihre Kinder und ihren Haushalt nicht in entsprechendem Maße erfüllen. Sie würden sich gewiß mit ganzer Hingebung der Erziehung und Pflege der Kinder, der Versorgung und Instandhaltung des Haushalts widmen; denn der Familienfuss ist bei den Arbeitern mindestens in demselben Maße entwickelt, als bei den Angehörigen der bessergestellten Kreise. Aber es fehlt den Arbeitern und Arbeiterinnen an der notwendigen Zeit, den Familienfuss genügend betätigen zu können. Und wenn die Arbeiter ihre Familien und ihren Haushalt vernachlässigen müssen, dann trägt die Schuld auch dafür der Unternehmer, der durch eine unendlich lange Arbeitszeit den Arbeiter von seiner Familie zurückhält, der ferner durch die jämmerliche Bezahlung des Familienvaters auch noch

die Frauen in die Fabriken zwingt und so den Arbeiterkindern neben dem Vater auch noch die Mutter nimmt. Aber nichtsdestoweniger sind es nicht selten gerade diese Fabrikanten, die den Mund über die das Familienleben zerstörende Sozialdemokratie gewaltig voll nehmen.

Es ist ganz klar, daß, wenn ein Arbeiter täglich 10 bis 12 oder noch mehr Stunden im Betrieb festgehalten ist, diese Familienväter keine Zeit mehr haben kann, sich um seine Kinder zu kümmern. Und häufig kommt zu der langen Arbeitszeit noch ein weiter Weg zu der Arbeit und wieder heim, so daß oft genug der Fall eintritt, daß morgens in aller Frühe der Arbeiter seine Wohnung verlassen muß, wenn die Kinder noch schlafen. Und wenn der Vater abends heimkommt, schlafen die Kleinen schon wieder. Oder der Arbeiter ist müde, abgelenkt und dergleichen durch die Arbeit mitgenommen, daß ihm jetzt Lust und Neigung fehlen, sich mit den Kindern abgeben zu können. Schlimmer aber gestaltet sich dieser Uebelstand noch, wenn auch die Frau mit auf die Arbeit gehen muß. Freiwillig tut das wohl keine Mutter; sondern der unzureichende Verdienst des Mannes zwingt sie, in die Fabrik zu gehen. Die Kinder bleiben dann entweder allein daheim oder sie stehen unter der zeitweiligen Obhut fremder oder verwandter Leute. Seltener ist schon der Fall, daß die Kinder einer Bewahranstalt übergeben werden. Das ist ja alles so bekannt, daß man auf Einzelheiten dazu wahrhaftig nicht einzugehen braucht. Aber um so unverständlicher ist das törichte Gerücht jener Leute die diese Zustände kennen müßten und die trotzdem, wenn in solchen Fällen das Familienleben der Arbeiter vollständig auf den Hund gekommen ist, dafür nicht die Gesellschaft anklagen, sondern dem Arbeiter selbst die Schuld dafür anrechnen. Will sich der Arbeiter selbst helfen, organisiert er sich und versucht er durch seine Organisation sich wieder die gesunden Grundlagen zu einem gedeihlichen Familienleben zu verschaffen, indem kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und vor allen Dingen ein weitgehendes Schutz der arbeitenden Frauen gefordert werden, dann stellt sich die bürgerliche Gesellschaft fest geschlossen diesem Begehren gegenüber. Dann heißt es, die Forderungen der Arbeiter sind unerschämte und die Arbeiterorganisationen bedrohen den Bestand der herrschenden Ordnung und des Wirtschaftslebens. Voran in diesem Geschrei gegen die Gewerkschaften stehen aber nicht selten gerade jene Familienretter, die die Sozialdemokratie nicht laut genug der Zerstörung des Familienlebens zeihen können.

Und wie sich diese „Stützen des Arbeiterfamilienlebens“ jeder wirklichen Verbesserung der Voraussetzungen eines Familienlebens in den Arbeiterkreisen in der Praxis entgegenstemmen, so versuchen diese Leute auch jede gesetzgeberische Maßnahme zum Schutze des Arbeiterfamilienlebens zu hindern. Dafür lieferten die Verhandlungen im Reichstag am 18. November dieses Jahres ein deutliches Beispiel.

Es handelte sich um eine kleine Ergänzung der Gewerbeordnung bezüglich des § 120f.

Um diesen Antrag, mit dem in erster Linie die Sozialdemokraten das Familienleben der Arbeiter retten und festigen wollten, entspann sich eine lebhafte Diskussion. — Vor allen Dingen fiel aber dabei auf, daß die Regierung sich völlig ausschwig. Derselben genügte es, daß die sämtlichen Rechner der bürgerlichen Parteien, die dazu sprachen, den sozialdemokratischen Antrag totzureden versuchten. Und nun traten die wackeren Kämpfer für die Rettung des Familienlebens der Arbeiter an. Vorweg einige Geistliche. Zuerst der protestantische Pfarrer Eberling von den Nationalliberalen. Dieser fromme Mann erklärte mit pastoralen Tonfall: „Das Familienleben ist eine sehr schöne Sache!“ Der Reichstag brach darüber in Heiterkeit aus. Und Eberling führte weiter aus: „Ich bin überzeugt, daß es eine Menge Reichstagsabgeordnete gibt, die auch wünschen möchten, der Bundesrat trafe Anordnungen, daß sie (die Arbeiter) ihr Familienleben oft in anderer Weise regeln könnten. Aber ich glaube, wir begegnen uns hier in schönen idealen Wünschen, die aber, in das Gesetz hineingeschrieben, für den Bundesrat unausführbare Anforderungen sein würden. Deshalb glaube ich, daß wir nicht in der Lage sind, diesen zustimmen zu können, so sehr wir aus vielen Gründen wünschen, daß eine übermäßige Arbeitszeit beseitigt wird.“ — Gleich diesem protestantischen Gottesmann erklärte sich auch der katholische Geistliche Pieper gegen den sozialdemokratischen Antrag. Gewiß, in der Theorie — so behaupteten die Herren vom Zentrum — sind auch sie für eine Stärkung des Familienlebens der Arbeiter, aber in der Praxis ginge das nicht so leicht. Und für den sozialdemokratischen Antrag könnten die arbeiterfreundlichen Herren aus dem Zentrum schon deswegen nicht sein, weil der Antrag einmal zu „unklar“ und zum andern für die Reichsregierung unannehmbar sei; denn diese wolle nur dem Maximalarbeitstag aus sanitären Gründen zustimmen. — Die übrigen Parteien — Konservative, Antisemiten und Freisinnige, von denen wiederum ein protestantischer Geistlicher Berichterstatter war — schwiegen sich aus. — Mit Recht wendete sich darum auch unser Genosse B e b e l gegen diese ganze arbeiterfeindliche Gesellschaft, der er folgende Anklage ins Gesicht schleuderte:

Ich will vor allen Dingen feststellen, daß all das, was die Herren Dr. Fleischer und Pieper heute gegen unsere Anträge in bezug auf das Familienleben usw. vorgetragen

haben, einfach dadurch hinfällig wird, daß das Zentrum selbst in früheren Jahren den Maximalarbeitstag bis 10 Stunden beantragt hat. Wenn Sie es im Interesse der Arbeiter, ihrer Gesundheit, ihres Familienlebens und ihrer Fortbildung für notwendig hielten, daß höchstens 10 Stunden gearbeitet werden dürfe, was sollen da all Ihre heutigen Einreden gegen unsere Vorschläge besagen? Und was bedeutet denn der Maximalarbeitstag, den höchstenfalls der Bundesrat vorschlagen wird? Zwölf Stunden ist die Zahl, die er bisher festgehalten hat, soweit Verordnungen vorliegen, bei den Bädern sogar bis zu 13½ Stunden.

Herr Dr. Pieper sprach davon, daß beim Familienleben vorzugsweise die Frau in Frage käme. Ganz gewiß! Aber ein Familienleben ist doch ohne Mann und Kinder, im engeren Sinne wenigstens ohne Mann nicht denkbar. Nun sollen aber Kinder in der Familie sein. Sie werden doch zugehen, Herr Dr. Pieper, daß der Mann bei der Erziehung der Kinder mit tätig sein soll, daß aus seinem Verhältnis als Familienvater ihm eine ganze Reihe von Aufgaben erwächst die er erfüllen soll. Ich verstehe nicht, wie es in erster Linie christliche Geistliche sind, die heute dagegen auftreten, daß derartige Schutzbestimmungen für Familien und Kinder in das Gesetz aufgenommen werden sollen. Das ist etwas, was ich nicht verstehe und was man auch draußen nicht verstehen wird, wenn man dort Ihren Standpunkt klar macht. Der Arbeiter soll sich doch auch ein bisschen um die Doffentlichkeit kümmern. Sie wollen doch haben, daß er wählt; Sie wollen doch haben, daß er auch weiß, wie er wählt. Da muß er sich um Politik kümmern, muß Zeitungen lesen können. Ja, wann soll er das tun?

Die Erkenntnis habe ich in dieser Stunde gewonnen: Wir sind in diesen Fragen im Reichstag nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen.“

In der Abstimmung wurde dann der Antrag der Sozialdemokraten gegen deren Stimmen abgelehnt. Sämtliche bürgerlichen Parteien hatten demnach weder das Verständnis noch den guten Willen dafür, der Arbeiterschaft in der Erhaltung ihres Familienlebens zu helfen und zu unterstützen.

Diese Beratungen am 18. November haben den bürgerlichen Parteien einmal wieder die Maske der Arbeiterfreundschaftsbeugelei vom Gesicht gerissen. Die Arbeiterschaft aber, der es bitter ernst mit der Sicherung und Pflege des Familienlebens ist, wird daraus die geeigneten Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

Feuerung und Nothstand.

IV.

Soziale Gerechtigkeit.

Je weiter Kreise des werktätigen Volkes erkennen mit wachsender Empörung, daß die Steuer- und Wirtschaftspolitik, an der die herrschenden und besitzenden Klassen festhalten wollen, für sie nur eine Politik der Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts ist, während die Lebensinteressen der Besessenen geschützt und gefördert werden. Und um so höher die Not des Volkes steigt, um so fester halten die herrschenden und besitzenden Klassen an der Verteuerungspolitik fest. Ist das die soziale Gerechtigkeit, die nach den täglichen Verteuerungen der Vertreter unseres Wirtschaftssystems, in Deutschland eine Pflanzstätte wie nirgends in der Welt gefunden haben soll? Ist das die soziale Gerechtigkeit, wenn dem wirtschaftlich Starcken aus der Not des Volkes noch besondere Gewinne erwachsen? Nimmermehr!

Während das werktätige Volk in angepannter und aufreißender Arbeit all die Bedarfsgegenstände des Volkes produziert, hat es zugleich einen noch aufreißenderen Kampf mit den schreienden Ungerechtigkeiten und mit den erschütternden Gefahren, die ihm aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erwachsen, zu kämpfen. Die Untergrabung der Gesundheit, die Gefahren der Frauen- und Kinderarbeit, die Berufskrankheiten und Betriebsunfälle, die zunehmende Arbeitslosigkeit — all diese Gefahren und Ungerechtigkeiten wurden immer mehr überboten von der Gefahr der Unterernährung. Gebot die Gewerkschaft den Lohnföhrungen Einhalt, so verschärfte die Verteuerungspolitik von einer andern Seite her wieder die Gefahr der Unterernährung, und das arbeitende Volk sah sich immer erneut in einen verzweifelten Kampf gegen die Feuerung gedrängt, die noch dazu durch eine wachsende Wohnungsnot ungeheuer gesteigert wird. Aber dieser Verzweiflungskampf ist kein Anpassen mehr, ein Anpassen an die schlechtesten Daseinsbedingungen, er wird immer mehr zu einem Kampf um die soziale Gerechtigkeit. Das arbeitende Volk fordert in der Tat ernsthafte und grundlegende Maßnahmen. Das gerade aber ist es, was die besitzenden und herrschenden Klassen nicht erfüllen können. Sie wollen keine soziale Gerechtigkeit. Die kann ihnen nichts nützen. Sie wollen Vorteile und Gewinne aus der Arbeit des werktätigen Volkes ziehen. Deshalb kann es für sie keine soziale Gerechtigkeit geben. Die Kreuzzeitung hat das ganz unverhohlen in einem Artikel gegen die gesellschaftliche Arbeitslosenunterstützung, der gegen Mitte des Septembers d. J. erschien, ausgesprochen. Sie schreibt:

„Und zu diesem politischen und wirtschaftlichen Bedenken gesellt sich noch der moralische Nachteil: das Gefühl und die Gewißheit, daß für alle Lebenslagen vorgesorgt ist, muß ja geradezu den Charakter verderben. Je freier von Sorgen die Arbeiter sind und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben. Die Arbeiter sollten sich selbst helfen, einkend des Satzes: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“

Die ganze Niedertretendheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems grüßt jenseits hervor aus diesen Zeilen. Arbeiterinnen und Arbeiter, laßt es nicht mehr zu, daß sich die Ausbeuter und Unterdrücker des arbeitenden Volkes mit dem Nimbus der sozialen Gerechtigkeit umgeben! Es werde ihnen zur Antwort: Wir

